

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung

Vom ...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 100 der Verfassung des Landes Berlin ist eingehalten:

Artikel 1

Änderung der Verfassung des Landes Berlin

Die Verfassung des Landes Berlin vom 23. November 1995, letzte berücksichtigte Änderung: Art. 70, geändert durch Gesetz vom 22. März 2016 (GVBl. S. 114) wird wie folgt geändert:

Artikel 87 Abs. 2 erhält folgende Fassung und wird um die Absätze 3 bis 8 ergänzt:

„Artikel 87

(2)

Der Haushalt ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Ausnahmen sind nur unter den Voraussetzungen des Absatzes 5 und dies nur insofern eine Mehrheit von zwei Dritteln der gewählten Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem zustimmt zulässig.

(3)

Die Bereinigung der Einnahmen und Ausgaben um finanzielle Transaktionen wird in einem Gesetz näher geregelt.

(4)

Aus dem Staatshaushalt ist eine angemessene Konjunkturrücklage und/oder ein Nachhaltigkeitsfonds zu bilden.

(5)

Der Haushaltsausgleich durch Aufnahme von Krediten ist unter der Maßgabe von Absatz 2 zulässig bei:

1.

einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung, die die Finanzlage des Landes nicht nur unerheblich beeinträchtigt, bis zum Ausgleich der konjunkturell bedingten Einnahmeausfälle oder

2.

Naturkatastrophen oder in außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die Finanzlage des Landes erheblich beeinträchtigen.

(6)

Die Kredite sind unter Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung innerhalb eines angemessenen Zeitraumes zurückzuzahlen. Umschuldungen gelten nicht als Tilgung. Die Tilgung hat in dem ersten Haushaltsjahr zu beginnen, in dem der Haushaltsplan ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden kann, spätestens jedoch im vierten auf die Kreditaufnahme folgenden Haushaltsjahr. Der dem Land verbleibende Anteil an konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen ist insbesondere zur zusätzlichen Tilgung der Kredite zu verwenden. Die Rückzahlung der Kredite ist in einem Tilgungsplan festzulegen, von dem zulasten einer zeitnahen Tilgung nur abgewichen werden darf, wenn die Finanzlage des Landes durch einen der in Absatz 5 genannten Umstand erheblich beeinträchtigt wird. Der Tilgungsplan sowie Abweichungen hiervon zulasten einer zeitnahen Tilgung bedürfen der Zustimmung des Abgeordnetenhauses.

(7)

Die Haushaltspläne sind so aufzustellen, dass die Verschuldung am Kreditmarkt auf ein langfristig tragfähiges Volumen von mindestens 19 % vom Berliner Brutto-Inlandsprodukt sinkt. Unter besonderer Berücksichtigung der Gesamtverschuldung und des Tilgungskonzeptes des Finanzplans gemäß § 86 sollen regelmäßige Tilgungsbeiträge festgesetzt werden, soweit dem nicht in Absatz 5 genannte Umstände entgegenstehen.

(8)

Die Landesregierung hat dem Abgeordnetenhaus jährlich über die Tilgung nach den Absätzen 6 und 7 zu berichten. In dem Bericht ist darzulegen, welche Maßnahmen die Landesregierung zur Einhaltung der vorgesehenen Tilgung ergriffen hat. Die Gründe einer Abweichung sind zu erläutern.

(9)

Für rechtlich unselbstständige Sondervermögen des Landes Berlin sind Kreditaufnahmen verboten.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung:

Ab 2020 wird die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse einsetzen.¹ Berlin hat sein mit dem Bund vereinbartes Konsolidierungsprogramm bislang erfolgreich umgesetzt.² Anfang dieses Jahres wurde im Rahmen des SIWANA als erstes Zeichen guten Willens des Senats auf Empfehlung des Landesrechnungshofes auch ein Nachhaltigkeitsfonds für die Zeit nach Einführung der Schuldenbremse geschaffen und mit (symbolischen) 290 Mio. Euro bestückt.³ Es gilt nun die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre zu verstetigen und die Schuldenbremse auch in der Landesverfassung von Berlin zu verankern. U.a. der Bund der Steuerzahler fordert dies bereits seit Jahren.⁴ Die meisten Bundesländer – so auch die beiden anderen Stadtstaaten Hamburg und Bremen – haben diesen Schritt bereits seit längerem vollzogen.⁵

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2011, S.15-40;

https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftaezte/2011/2011_10_schuldenbremse.pdf?__blob=publicationFile

² Vgl. Senatsverwaltung für Finanzen, Pressemitteilung Nr. 16-012 vom 08.06.2016, Stabilitätsrat: Berlin kommt mit Haushaltssanierung gut voran; <https://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.485816.php>

³ „Die dritte Säule von SIWANA ist ein Nachhaltigkeitsfonds. Um zu verhindern, dass im Fall einer konjunkturellen Krise öffentliche Ausgaben in unerwünschtem Maße zurückgeführt werden müssen, wird damit ein Puffer geschaffen, um bis 2020 jederzeit die Einhaltung der Vorgaben für das strukturelle Defizit zu gewährleisten.“ Senatsverwaltung für Finanzen, Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA); <https://www.berlin.de/sen/finanzen/haushalt/siwa/artikel.447539.php>

⁴ Vgl. Schuldenbremse statt Haftungsunion - Protest-Aktion des Bundes der Steuerzahler;

<http://mitglied.relaunch.steuerzahler.de/Schuldenbremse-statt-Haftungsunion/37820c45810i1p155/index.html>; Vgl. Bund der Steuerzahler Deutschland e.V., Pressemitteilung 29.05.2009, Schuldenbremse ist ein Meilenstein der deutschen Haushaltspolitik - Bund der Steuerzahler warnt vor Lockerung des Länderschuldenverbots; <https://www.steuerzahler.de/wcsite.php/c-49/nr-540/p-1/i.html>; Vgl. Bund der Steuerzahler Berlin e.v., Pressemitteilung, 10.03.2011, Nußbaums Einschätzungen zum Evaluationsausschuss des Stabilitätsrates sind unbefriedigend; <https://www.steuerzahler-berlin.de/Nussbaums-Einschaetzungen-zum-Evaluationsausschuss-des-Stabilitaetsrates-sind-unbefriedigend/35238c427561p1288/index.html>;

„Der Berliner Bund der Steuerzahler hat die künftige rot-rot-grüne Senatskoalition ermahnt, die ab 2020 auch für die Hauptstadt geltende Schuldenbremse einzuhalten. Der Vereinsvorsitzende Alexander Kraus nannte Berichte, wonach finanzielle Spielräume durch Nebenhalte etwa landeseigener Gesellschaften geschaffen werden sollen, alarmierend. [...] Die Schuldenbremse müsse schnellstmöglich auch in die Berliner Landesverfassung aufgenommen werden, um der Opposition im Abgeordnetenhaus eine schnelle Klagemöglichkeit gegen einen verfassungswidrigen Haushalt zu schaffen.“ Focus, 16.11.2016, Senat – Steuerzahlerbund fordert Einhaltung der Schuldenbremse;

http://www.focus.de/regional/berlin/senat-steuerzahlerbund-fordert-einhaltung-der-schuldenbremse_id_6215790.html; Vgl. FAZ, 21.03.17, Steuerzahlerbund sieht Schuldenbremse in Gefahr; <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/steuerzahlerbund-sieht-schuldenbremse-in-gefahr-14934512.html>.

⁵ Vgl. DSi – Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e.V., DSi kompakt Nr. 20, Wer mauert – Wer geht voran?; Zwischenstand der Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Landesrecht von Matthias Warneke – aktualisierte Fassung vom 6. September 2016 –; https://www.steuerzahlerinstitut.de/files/40758/DSi_kompakt_Nr_20_akt_Fass-Landesschuldenbremsen_in_Landesrecht.pdf

Um die zukünftigen haushälterischen Rahmenbedingungen klar zu definieren, gilt es die landesrechtlich bestehenden Unschärfen hinsichtlich bestehender Ausgestaltungsoptionen der Schuldenbremse auf Landesebene jetzt für Berlin zu klären.⁶

Es wird auch höchste Zeit⁷, denn Berlin, Deutschland, Europa und die Welt stehen vor großen ökonomischen und demographischen Herausforderungen.⁸ Die Zins- und Außenwirtschafts-politische Wende in den USA wird über kurz oder lang ihre Wirkungen auf die Eurozone entfalten.⁹ Gleichzeitig bricht sich die Staatsschulden- und Bankenkrise aktuell in Italien und Frankreich ihre Bahn.¹⁰ Griechenland hat selbst sieben Jahre nach dem Aufspannen des Euro-Rettungsschirms noch keine tragfähige Haushalts- und Finanzlage erreicht, obwohl die EZB das Zinsniveau seit 2009 kontinuierlich auf japanisches Niveau heruntergetrieben hat.¹¹

⁶ Vgl. Sheikian (2016): Bedarfsgerechtes Haushalts- und Rechnungswesen für Landesverwaltungen in Zeiten der Schuldenbremse – Planungs- und Steuerungsinstrumente für die Entscheidungsträger in den Finanzministerien.; PwC PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Wissenschaftliche Reihe zum öffentlichen Management, Band 4, Dissertation von Dr. Nima Sheikhan; Frankfurt am Main 2016: Fachverlag Moderne Wirtschaft GmbH; S28f.

⁷ „[...] [Die] grundgesetzliche Schuldenbremse [sollte] auch in den verbleibenden Bundesländern schnellstmöglich in die Landeshaushaltsordnung und in die Landesverfassung übertragen werden. Dies weiterhin zu unterlassen, nährt sonst den Verdacht, dass die jeweilige Landesregierung oder die politische Mehrheit im Landesparlament eine Schuldenbremse gar nicht wünscht. [...] Landesregierungen und Landesparlamente könnten sich zunächst daran orientieren, wie die Vorreiter in einigen Bundesländern die Umsetzung gesetzestech-nisch vollzogen haben, um dann eigene Regelungen maßgeschneidert zu schaffen.“ DSI – Deutsches Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler e.V., DSI kompakt Nr. 20, Wer mauert – Wer geht voran?; Zwischenstand der Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Landesrecht von Matthias Warneke – aktualisierte Fassung vom 6. September 2016 –;

https://www.steuerzahlerinstitut.de/files/40758/DSi_kompakt_Nr_20_akt_Fass_Landesschuldenbremsen_in_Landesrecht.pdf;

⁸ FOCUS, 19.01.17: Kritik am neuen US-Präsidenten Wirtschaftsweise Isabel Schnabel warnt: „Trumps Prinzip ist die Grenzüberschreitung“ http://www.focus.de/finanzen/news/kritik-am-neuen-us-praesidenten-wirtschaftsweise-isabel-schnabel-warnt-trumps-prinzip-ist-die-grenzueberschreitung_id_6531656.html; ZEIT Online, 29.01.17: Donald Trump: Ökonomen sehen 1,6 Millionen deutsche Arbeitsplätze bedroht; <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-01/donald-trump-wirtschaftspolitik-oekonomen-arbeitsplaetze-deutschland-in-gefahr>; FOCUS, 03.02.17: Gefährliche Dollar-Investitionen Schmerzlich, aber wahr. Mit einem Angriff auf Deutschland hat Trump recht; http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/gefaehrliche-investitionen-im-ausland-mit-einem-angriff-auf-deutschland-hat-trump-recht_id_6591975.html; Hans-Seidel Stiftung, Vortrag von Gunnar Heinsohn, 25.10.2010; Können wir uns den Sozialstaat noch leisten? Schrumpfung und Dequalifizierung in Deutschland;

http://www2.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/101021_Vortrag_Heinsohn.pdf; Prof. Gunnar Heinsohn, Die Flüchtlingsströme erinnern an das Zeitalter der Kolonisation; <https://blog.malik-management.com/die-fluechtlingsstroeme-erinnern-an-das-zeitalter-der-kolonisation/>; Prof. Dr. Gunnar Heinsohn, Wohin mit den jungen Männern?; in DIE ZEIT am 5.11.2015; <https://blog.malik-management.com/wp-content/uploads/2015/11/Junge-M%C3%A4nner-ZEIT-05-011-2015-Heinsohn.pdf>; WELT, 29.02.2016; Deutschland muss Arbeitgeber sein, nicht Sozialamt; von Prof. Dr. Gunnar Heinsohn;

<https://www.welt.de/debate/kommentare/article15277753/Deutschland-muss-Arbeitgeber-sein-nicht-Sozialamt.html>; WELT, 04.04.17, Die Stärke des Dollar demütigt den Euro; <https://www.welt.de/wirtschaft/article163388274/Die-Staerke-des-Dollar-demuetigt-den-Euro.html>
⁹ Schmidt, T./Rujin, S.: Zinswende in den USA – Fluch oder Segen für die Konjunktur im Euroraum?, in: Wirtschaftsdienst 95. Jahrgang, 2015, Heft 3, S.186-191; <http://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2015/3/zinswende-in-den-usa-fluch-oder-segen-fuer-die-konjunktur-im-euroraum/>; Becker, J./Englisch, J.: Die radikalen Steuerpläne der US-Republikaner und die Folgen für die EU, in: Wirtschaftsdienst 97. Jahrgang, 2017, Heft 2, S.103-110; <http://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2017/2/die-radikalen-steuerplaene-der-us-republikaner-und-die-folgen-fuer-die-eu/search/Trump/0/>

¹⁰ Vgl. DER HAUPTSTADTBRIEF 140, 15.03.2017, Beim deutsch-französischen Tandem ist die Luft raus; Von Wolfgang Glomb, W.; <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/119-der-hauptstadtbrief-140/1283-beim-deutsch-franzoesischen-tandem-ist-die-luft-raus>; Vgl. DER HAUPTSTADTBRIEF 135, 07.04.16, Frankreich ist nicht reformmüde – die Grande Nation ist reformunwillig; Von Wolfgang Glomb, W.; <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/114-der-hauptstadtbrief-135/1057-frankreich-ist-nicht-reformmuede-die-grande-nation-ist-reformunwillig>; Vgl. DER HAUPTSTADTBRIEF 139, 12.12.2016, Mit einem beherzten „Weiter so“ geht es nicht weiter; <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/118-der-hauptstadtbrief-139/1208-mit-einem-beherzten-weiter-so-geht-es-nicht-weiter>; DER HAUPTSTADTBRIEF 135, 07.04.2016, Bella Italia – das war einmal; Von Jürgen Stark, <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/114-der-hauptstadtbrief-135/1054-bella-italia-das-war-einmal>; Vgl. DerStandard, 02.01.2017, Ifo-Chef: Italien auf Wohlstandsniveau von 2000; <http://derstandard.at/2000050104439/Wirtschaftsforscher-Fuest-Italien-koennte-Eurozone-verlassen>; Vgl. WELT, Faule Kredite, 10.04.17, Die tickende Zeitbombe in der Euro-Zone; <https://www.welt.de/wirtschaft/article163557326/Die-tickende-Zeitbombe-in-der-Euro-Zone.html>; Vgl. Spiegel Online, 27.02.2017, Eurokrise Sechs Länder, sechs Probleme, sechs Strategien; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eurokrise-so-geht-es-italien-griechenland-spanien-irland-portugal-a-1136013.html>;

Vgl. Focus, 17.04.17, Wirtschaftsforscher im Interview - Sinn warnt vor Nahles-Utopien: "Politik muss das Rentenalter dramatisch erhöhen"; http://www.focus.de/finanzen/news/hans-werner-sinn-warnt-vor-nahles-utopien-politik-muss-das-rentenalter-dramatisch-erhoehen_id_6964805.html
¹¹ Vgl. FAZ, 08.12.16, Geldpolitik der EZB Die politisierte Zentralbank; <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/geldpolitik-der-ezb-die-politisierte-zentralbank-14565334.html>; Vgl. Focus, 18.04.17, Hans-Werner Sinn im Interview "Der Druck im Kessel wird immer größer": Bleiben die Krisenländer im Euro, platzt er; http://www.focus.de/finanzen/news/hans-werner-sinn-im-interview-der-druck-im-kessel-immer-groesser-bleiben-die-krisenlaender-im-euro-platzt-er_id_6964924.html; Vgl. FAZ, 20.04.17, Hilfskredite für Athen Endlose Griechenland-Farce; <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/hilfskredite-fuer-athen-endlose-griechenland-farce-14978371.html>

Viele Länder konnten den Verlockungen des billigen Geldes nicht widerstehen und haben ihre Reformbemühungen faktisch eingestellt.¹² Der Teufelskreislauf zwischen Staatsschulden- und Bilanz-Problemen hat sich seit 2009 massiv verstärkt anstatt gelockert.¹³ Erst Anfang dieses Jahres wurde in Italien mit Billigung des EZB-Rates „zur Abwendung einer schweren Störung der Volkswirtschaft eines Mitgliedstaates und zur Wahrung der Finanzstabilität“ bzw. zur Ermöglichung staatlicher Bankenrettung die gerade erst neu eingeführte Europäische *Bail-In*-Regel¹⁴ ausgesetzt.¹⁵

Die Notwendigkeit, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte in den Griff zu bekommen, um die Glaubwürdigkeit in die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung und damit nicht zuletzt in die Stabilität unseres gemeinsamen Geldes – den »Euro« – zu bewahren, ist heute also dringlicher denn je.¹⁶ Stabiles Geld ist Voraussetzung für eine stabile Wirtschaft und damit für stabile öffentliche Haushalte und unseren „sozialen Frieden“.¹⁷

Berlin, als Hauptstadt Deutschlands, sollte hier als innerdeutsches und europäisches Vorbild vorangehen und zeigen, wie sich gesellschaftliche Friktionen wie in Griechenland oder Spanien trotz schwieriger Ausgangslagen mit Stabilitäts-orientierter Politik vermeiden lassen.

Die Bindungswirkung von fiskalischen Regeln muss wieder gestärkt werden. Eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung hat dahingehend den Vorteil, dass Verstöße gegen die Schuldenbremse vor dem Landesverfassungsgericht von Berlin justiziabel wären.¹⁸ Dies wäre ein wahrer Schritt hin zu mehr Demokratie. Der notwendige breite Konsens zwischen den Parteien für eine Verfassungsänderung würde auch die notwendige „gesellschaftliche Legitimität“ in breite Teile der Berliner Bevölkerung tragen. Dieser Gedanke trägt auch hinsichtlich der Bedingung, dass zwei Drittel aller gewählten Mitglieder des Abgeordne-

¹² „FOCUS Online: *Haben die Krisenländer denn die Zeit für Reformen genutzt? Sinn: Nein. Genau das Gegenteil ist der Fall, es gibt keine Fortschritte, sondern nur Rückschritte. Die einzigen Reformen wurden gemacht, als das Geld noch knapp war. Als jedoch die Geldpolitik immer lockerer wurde, haben die südeuropäischen Länder ihre Reformvorhaben wieder aufgegeben.*“ Focus, 18.04.17, Hans-Werner Sinn im Interview "Der Druck im Kessel wird immer größer": Bleiben die Krisenländer im Euro, platzt er;

http://www.focus.de/finanzen/news/hans-werner-sinn-im-interview-der-druck-im-kessel-immer-groesser-bleiben-die-krisenlaender-im-euro-platzt-er_id_6964924.html; Vgl. Hans-Werner Sinn (2016): Der Schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt, 1. Auflage, Breisgau 2016: Verlag Herder GmbH; Kapitel 3 Der Weg in die Haftungsunion – Endlose Schuldenspirale trotz (angeblicher) Schuldenschränken, S.164ff.

¹³ Vgl. Ebenda, Kapitel 4 Gigantomanie der Europäischen Zentralbank – Wie sich die Politik Rettungsschirme drücken lässt; Mit dem QE-Programm der EZB brechen alle Dämme, S.244ff, Die EZB als Bad Bank der Eurozone – Verdeckte Hilfen für marode Banken, S.250ff; Vgl. WELT, 05.10.16, IWF-Report Jeder dritten europäischen Bank droht der Untergang; <https://www.welt.de/finanzen/article158552975/Jeder-dritten-europaeischen-Bank-droht-der-Untergang.html>; Vgl. WELT, 31.12.16, Italien verursacht Europas nächsten Sündenfall; <https://www.welt.de/finanzen/article160731809/Italien-verursacht-Europas-naechsten-Suendenfall.html>

¹⁴ Vgl. § 32 (4) d BRRD; Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates Text von Bedeutung für den EWR; <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32014L0059>

¹⁵ Vgl. Commerzbank, Ahead of Curve, Rates and Credit Strategy, 26.01.17, Bankenrettung 2.0.

¹⁶ Vgl. Hans-Werner Sinn (2016): Der Schwarze Juni – Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt, 1. Auflage, Breisgau 2016: Verlag Herder GmbH; Kapitel 3 Der Weg in die Haftungsunion – Endlose Schuldenspirale trotz (angeblicher) Schuldenschränken, S.164ff; Vgl. Tagesschau, 21.11.16, Daten zur Eurokrise Wie geht es Europas Staaten?; <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaftsdaten104.html>

¹⁷ Vgl. Tagespiegel, 27.06.17, Die Bundesbank zur Währungsunion "Stabile Währungen dienen dem sozialen Frieden"; <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-bundesbank-zur-waehrungsunion-stabile-waehrungen-dienen-dem-sozialen-frieden/11969986.html>

¹⁸ Vgl. DSi kompakt Nr. 20, Wer mauert – Wer geht voran?; Zwischenstand der Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Landesrecht von Matthias Warneke – aktualisierte Fassung vom 6. September 2016 –, S.3; https://www.steuerzahlerinstitut.de/files/40758/DSi_kompakt_Nr_20_akt_Fass-_Landesschuldenbremsen_in_Landesrecht.pdf

tenhauses zustimmen müssen, wenn auf die Möglichkeit zum Rückgriff auf Ausnahmetatbestände im Falle von Naturkatastrophen oder starken konjunkturellen Schwankungen zurückgegriffen werden soll, ähnlich wie dies auch in Schleswig-Holstein - dem Vorreiterland in Sachen Schuldenbremse - geregelt ist.¹⁹

Berlin, den 23.04.2017

Pazderski, Dr. Brinker

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der AfD

¹⁹ Vgl. Ebenda, S.2.